



Ausschuss für Kultur und Medien

17. Sitzung (öffentlich)

7. November 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Karl Schultheis (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014); kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzungsvorlage)	
Erläuterungsbände als Vorlagen 16/1164 (Einzelplan 02) und 16/1071 (Einzelplan 07)	
Einführungsberichte Vorlage 16/1279 (MFKJKS) und 16/1301 (MBEM)	
Ergebnisvermerk Berichterstattegespräche im Haushalts- und Finanzausschuss Vorlage 16/1266	

Der Ausschuss nimmt mit 9 Stimmen von SPD und 3 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen gegen 5 Stimmen von der CDU und 2 Stimmen der FDP bei zwei Enthaltungen der Piraten Kapitel 02 200 – Medien – an.

Die Kapitel 07 050 – Kulturförderung – und 07 100 – Archivwesen – im Einzelplan 07 werden mit 9 Stimmen der SPD und 3 Stimmen der Grünen gegen 5 Stimmen der CDU und 2 Stimmen der FDP bei 2 Enthaltungen der Piraten angenommen.

2 Gesetz zur Aufhebung der gesetzlichen Befristung des Landespressgesetzes NRW 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3526

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/3526 wird mit 9 Stimmen der SPD und 3 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen gegen 5 Stimmen der CDU und 2 Stimmen der FDP und 2 Stimmen der Piraten angenommen.

3 Abschaffung der Störerhaftung 18

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2284

APr 16/288 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Piraten überein, gegenüber dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk kein Votum abzugeben.

4 Denkmalförderung 19

Vorlage 16/1181

In Verbindung mit:

Zukunft braucht Herkunft – Für eine zukunftsgerichtete Denkmalförderpolitik Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4160

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4225

Der Ausschuss kommt überein, sich für den Fall, dass der federführende Ausschuss die Durchführung einer Anhörung beschließt, daran pflichtig zu beteiligen.

5 Mehr Transparenz in der Arbeit der Rundfunkkommission – mehr Beteiligung des Landtags und der Öffentlichkeit bei der Ausarbeitung von Staatsverträgen

26

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4020

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

6 Verschiedenes

27

- a) **Gurlitt-Sammlung**
- b) **Besuch der Berlinale 2014**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Berlinale 2014 zu besuchen.

c) Verschiebung des Besuches des Künstlerdorfes Schöppingen

Der Ausschuss kommt überein, den ursprünglich für den 21. November 2013 vorgesehenen Besuch des Künstlerdorfes Schöppingen möglichst im Frühjahr 2014 durchzuführen. – Der als Bedarfstermin eingeplante Sitzungstermin 21. November wird nicht wahrgenommen.

- d) Klausurtagung der Rundfunkkommission der Länder**
- e) Kulturbericht des Landes Nordrhein-Westfalen zur Kulturförderung 2012**

* * *

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014); kultur- und medienpolitisch relevante Kapitel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 16/3800 und 16/4300 (Ergänzungsvorlage)

Erläuterungsbände als Vorlagen 16/1164 (Einzelplan 02) und
16/1071 (Einzelplan 07)
Einführungsberichte Vorlage 16/1279 (MFKJKS) und 16/1301 (MBEM)

Ergebnisvermerk Berichterstattergespräche im Haushalts- und Finanzausschuss Vorlage 16/1266

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) stellt fest, im Grunde genommen könnten die Reden des Vorjahres verwendet werden, weil es nur in wenigen Positionen Veränderungen gebe.

In der Titelgruppe 60 Musikpflege stehe eine Summe über 3.244.100 € für Modellprojekte musikalischer Grundbildung im Grundschulbereich außerhalb des RVR. Ihn interessiere, was sich dahinter verberge. Erstaunlich erscheine, dass das Projekt JeKi dezidiert als ein Projekt im Ruhrgebiet genannt werde. Die CDU habe diesen Sachverhalt schon mehrfach kritisiert. Zudem bitte er darzulegen, worin der Unterschied zu JeKi liege. Wenn es sich schließlich um musikalische Bildung im Grundschulbereich handele, gehörte der Titel in den Einzelplan für Schule und Weiterbildung. Schon häufiger habe man die Neigung festgestellt, kulturelle Bildung an der Schule in den Kulturretat zu verschieben und die Aktivitäten, die mit den Schülerinnen und Schülern unternommen würden, zur Ersatzleistung der Verpflichtung zu musischer Bildung an der Schule würden.

In der regionalen Kulturförderung werde natürlich auch die Kultur Ruhr GmbH gefördert. Aber wie die Verbindung der Titelgruppen 97 und 76 aussähen, sei nicht ganz klar. Gleichzeitig würden Projekte der Ruhrtriennale gefördert. Dazu bitte er um eine genauere Auskunft wie es um die Trennung dieser Bereiche stehe. Da es auch noch die Position Kontinuitätssicherung für die Kulturhauptstadt 2010 gebe, müsse festgestellt werden, dass einige Maßnahmen für das Ruhrgebiet zusammenkämen, bei denen es an Transparenz im Haushalt fehle.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) merkt zur ersten Frage an, das betreffe die Position für das JeKi-Projekt, das außerhalb des Ruhrgebietes in den sogenannten Satelliten stattfinde, was auch stets in dieser Weise im Haushalt abgebildet worden sei.

Zum Thema kulturelle Bildung und der Zusammenarbeit von Kunst und Kultur auch mit der Schule weise sie darauf hin, dass die Kultusministerkonferenz mit der Überarbeitung eines bereits existierenden Papiers eine sehr interessante Stellungnahme verabschiedet habe, in dem noch einmal die Bedeutung der kulturellen Bildung herausgestellt worden ist. Darin werde darauf hingewiesen, dass die Kooperationen in

den Ländern noch besser entwickelt werden könnten. Dazu gebe es eine Arbeitsgruppe, um bei diesem Thema gemeinsam voranzukommen. Im Übrigen hätten die in Nordrhein-Westfalen laufenden Projekte Lob erfahren.

In der Titelgruppe 97 werde die Ruhrtriennale als besonderes Projekt der regionalen Kulturpolitik abgebildet.

MDgt. Landmann (MFKJKS) teilt mit, die Titelgruppe 97 setze sich zusammen aus dem Titel für die Kultur Ruhr GmbH von 9,2 Millionen € und der Projektförderung Regionale Kulturpolitik für alle zehn Regionen mit knapp 4,8 Millionen €. Maastricht sei nicht mehr mit darin enthalten.

Ingola Schmitz (FDP) stellt fest, der Kulturetat sei erneut geschrumpft, wenn diesmal auch nur um 143.500 €. Außerdem werde der kulturelle Ehrenamtspreis nicht mehr vergeben, obwohl die Kultur mehr denn je auf privates Engagement angewiesen sei. Ferner entfalle die Förderung des Frauenmediaturms wie angekündigt ab 2014. Die bisherigen Mittel für Frauenkulturförderung seien ausweislich des Erläuterungsbandes der Haushaltskonsolidierung zum Opfer gefallen. Sie erführe gern, wie die Landesregierung das ehrenamtliche Engagement vor dem Hintergrund rückläufiger Haushaltsansätze sicherzustellen beabsichtige.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) erinnert daran, in ihrer Einbringungsrede deutlich gemacht zu haben, dass die Position 250.000 € für das Museum in Siegen wie verabredet wegfallen. Zudem habe man bei der WG Wort nach ihrer Erinnerung 440.000 € weniger als ursprünglich gedacht bezahlen müssen. Somit stünden die anderen weggefallenen Gelder weiterhin der Kultur zur Verfügung.

Das Ehrenamt spiele auch im Bereich von Kunst und Kultur eine ganz zentrale Rolle. „Auch“ sage sie, weil man sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens über das Engagement im Ehrenamt freue. Man beabsichtige einen Ehrenamtspreis neu auflegen zu wollen, um deutlich zu machen, wie sehr diese Arbeit gewürdigt werde. Das befinde sich in der Endabstimmung. Zum Frauenmediaturm erscheine alles gesagt.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) macht darauf aufmerksam, der Ehrenamtspreis „Der Dank“ gehe nicht auf eine Initiative der Landesregierung, sondern auf einen Beschluss des Landtages zurück. Die Frage laute, inwieweit ein Beschluss des Landtages durch Nichtausführung aufgehoben werden könne. Seine Fraktion werde dieser Fragestellung genauer nachgehen.

Einige Etatpostenfortschreibungen würden irgendwann zu Problemen führen. So könne ein Ankaufsetat für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen nicht beliebig lange auf null gesetzt werden. Solche Kürzungen führten irgendwann zu strukturellen Haushaltsproblemen.

Das „Spielgeld“ werde an derselben Stelle versteckt wie beim letzten Mal. Bei der Förderung des Bibliothekswesens gebe es einen Titel, zu dem es heiße, aus diesem Ansatz könnten auch Maßnahmen für das neue Kulturfördergesetz finanziert werden.

Über diesen Weg würden Summen untergebracht, bei denen nicht ganz klar erscheine, wofür sie verausgabt würden. Ferner stehe darin, dass aus dieser Titelgruppe 67 „Förderung des Bibliothekswesens“ auch die Lippische Landesbibliothek gefördert werde. Er frage sich, wieso diese nicht aus der Titelgruppe 68 Landesbibliotheksaufgaben unterstützt werde.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) verweist darauf, schon deutlich gemacht zu haben, dass der schon in den vergangenen Jahren begrenzte Ankaufsetat niemals zum Schaden der Kunstsammlung gewesen sei, weil es aufgrund von Restmitteln immer noch Möglichkeiten gegeben habe, deutliche Unterstützung für Ankäufe zu leisten. Ihrer Meinung nach habe das Land unter allen Regierungen seit Jahren die eigene Kunstsammlung, die sich auf einem international hohen Niveau befinde, sehr ordentlich unterstützt.

Bekanntlich gebe es einen großen Deckungskreis, was auch schon unter Schwarz-Gelb so gewesen sei. Dass man den Bereich des Kulturfördergesetzes mit den Bibliotheken zusammengeführt habe, sei auf keinen Fall zum Schaden der Bibliotheken, weil eine Initiative zur Stärkung der Bibliotheken entwickelt worden sei, bevor das Kulturfördergesetz in Kraft treten könne.

MDgt. Landmann (MFKJKS) betont, bei der Lippischen Landesbibliothek gehe es um eine ausschließlich historisch zu begründende Spezialität. Deshalb gebe es für sie einen eigenen Titel. – **Vorsitzender Karl Schultheis** fügt hinzu, es gelte, *Pacta sunt servanda*.

Oliver Keymis (GRÜNE) spricht an, im letzten Jahr habe er bei den Haushaltsberatungen in diesem Ausschuss die Rolle der Opposition übernehmen müssen, weil die eigentliche Opposition die von der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen von 13 Millionen € nicht laut genug als falsch gekennzeichnet habe. Jetzt drehe sich die Diskussion für ihn um, weil der Haushalt immerhin auf der gekürzten Basis der Istzahlen fortgeschrieben werden könne. Somit habe sich aus seiner Sicht die Lage stabilisiert. Bei den künftigen Debatten mit Blick auf die Schuldenbremse wünschte er sich, wenn es gelinge, den Etatansatz auch in den Jahren 2017 bis 2019 in etwa zu halten. Mit dem Diktum Schuldenbremse hätten alle umzugehen.

Die wesentlichen kulturpolitischen Punkte könnten mit dem vorliegenden Etat bearbeitet werden, was im Erläuterungsband gut nachlesbar belegt werde. Das gelte auch für die musikalische Früherziehung in der Grundschule. Damit komme man einer Forderung aus dem Koalitionsvertrag 2010, fortgeschrieben im Jahr 2012, nach. Mit dem vorliegenden Etat sehe seine Fraktion die kulturpolitische Arbeit im Jahr 2014 gewährleistet.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) legt Wert auf die Feststellung, dass seine Fraktion zum letztjährigen Etat sehr wohl Aussagen getroffen habe. Bei momentanen Gehaltssteigerungen von 2,5 % im Jahr bedeute die Aufrechterhaltung von Haushaltsansätzen einen realen Rückgang. Die Schuldenbremse bei einem

Etatposten von 0,3 % anzuführen, wirke amüsiert. Kulturpolitiker sollte verbinden, dass Kultur immer als ein Symbolthema für Sparmaßnahmen herangezogen werde, während sie in Wirklichkeit eine Petitesse im Gesamthaushalt darstelle.

Thomas Nüchel (FDP) macht darauf aufmerksam, im letzten Jahr hätten die Opposition aus CDU und FDP und vor allen Dingen der Kulturrat NRW betont, dass der Kulturetat als Steinbruch für andere Ausgaben genutzt worden sei. Schließlich habe noch ein Koalitionspartner in der Spätphase die Kurve auf dem Radweg bekommen, was in der Kulturszene ein wenig als Show wahrgenommen worden sei. Da die Steuereinnahmen gestiegen seien, hätte in der Konsequenz der Argumentation der Kulturetat wenigstens minimal steigen können.

Andreas Bialas (SPD) nimmt Stellung, seine Fraktion sei in Zeiten weiterer Konsolidierung der Haushalte sehr froh, diesen Haushaltsansatz im Bereich der Kultur für 2014 abbilden zu können. Wer die ganze Zeit das Lied des Einsparens singe, könne nicht bei den Einzeltiteln eine Erhöhung der Ansätze fordern. Die Opposition habe im Bereich der Fördermittel zudem ein deutlich höheres Maß an Einsparung verlangt, was die amtierende Koalition tatsächlich vollzogen habe. Er begrüße, dass die letztes Jahr zurückerkämpften Mittel nicht nur einmal für den Haushalt zur Verfügung gestanden hätten, sondern jetzt auch im Jahr 2014 berücksichtigt würden.

Er halte den Kulturetat für ausgewogen und verlässlich. Er wüschte sich, wenn es gelinge, ihn in dieser Form fortschreiben zu können. Dabei müssten aber die Kostensteigerungen beim Personal Berücksichtigung finden, wobei zu prüfen sei, wie das umgesetzt werden könne.

Daniel Schwerd (PIRATEN) fragt nach einem Sachstandsbericht zum Thema digitales Archiv und wie das vermutlich vorliegende fertige Betriebskonzept aussehe. Diese Frage könne aber gern schriftlich beantwortet werden. – **Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS)** sagt einen entsprechenden Sachstandsbericht zu.

Ingola Schmitz (FDP) nimmt Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Bialas, der eine Setzung anderer Prioritäten belegt habe. Während die Bundesregierung den Kulturetat bei gleichzeitiger Konsolidierung des Haushaltes ständig erhöht habe, werde in NRW anders vorgegangen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) unterstützt die Aussage von Frau Schmitz und erinnert daran, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in Zeiten der Konsolidierung und nicht steigender Steuereinnahmen den Kulturetat verdoppelt habe. Kulturpolitik stelle eine Frage von Prioritätensetzung dar und spiele haushaltskonsolidierungstechnisch weder im Bundes- noch im Landeshaushalt eine Rolle. Kulturpolitik werde nicht mehr richtig ernst genommen. Deshalb dürfe man sich nicht wundern, wenn dieser Kernbereich der Landeskompetenz zunehmend vom Bund übernommen werde und sich die Landespolitik nicht dagegen wehre, sich in den Kernbereichen Bil-

derung, Wissenschaft und Kultur vom Bund in der Aussicht, man könnte vielleicht ein paar Euro erhalten, Kompetenzen wegnehmen zu lassen. Wenn das große starke Land Nordrhein-Westfalen ein Kulturland sein und bleiben wolle, dann müsse es dafür auch Geld in die Hand nehmen. Unter dieser Betrachtung sei der Kulturetat auch nach der seinerzeitigen Verdoppelung nach wie vor beschämend niedrig. Im Grunde genommen müsste er noch einmal verdoppelt werden.

Andreas Bialas (SPD) hält seinem Vorredner entgegen, dieser hätte recht, wenn die finanziellen Mittel nur auf den Haushaltsplan für Kultur begrenzt wären. Er erinnere aber daran, dass nach wie vor die Masse der finanziellen Mittel für Kultur aus den Kommunalhaushalten stamme. Daher bestehe eine der bedeutendsten Aufgaben dieser Landesregierung darin, die Kommunalfinanzen in Ordnung zu bringen. Dort stecke die Masse des Geldes. Das Land dürfe sich nicht vom Bund „gängeln“ lassen, was das Land zu tun habe. Das Land müsse dafür Sorge tragen, dass die Freiheit der Kultur in den Kommunen stattfinden könne. Das erscheine nur dann gegeben, wenn diese über entsprechende finanzielle Mittel verfügten. Er wolle nicht das Lied singen, was zwischen den Jahren 2005 und 2010 und danach gewesen sei. Es gehe bei dieser Frage darum, über weitere finanzielle Mittel zu reden. Ferner habe das Land auch auf Bundesebene sehr häufig angemahnt, die beste Kulturpolitik bestehe darin, kommunalfreundliche Politik zu machen. Das würde sich zumindest für Nordrhein-Westfalen entsprechend auszahlen. Er hoffe darauf, dass das eines der wesentlichen Kernelemente der möglichen Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene bilde. Da gehe es natürlich nicht um das Schielen, welche Kompetenzen an den Bund abgegeben würden, sondern darum, welche kommunalfreundliche Politik dort betrieben werde und wie es mit den entsprechenden Kooperationsverboten seitens des Bundes gegenüber Ländern und Kommunen weitergehe. Deshalb bedürfe es umfangreicherer Gedanken zur Unterstützung und Entwicklung der Kultur.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) erinnert daran, dass die CDU vor gar nicht allzu langer Zeit eine generelle Kürzung aller Förderprogramme um 20 % zur Gegenfinanzierung anderer Titel gefordert habe. Zwischen dem Bund und den Ländern gebe es inzwischen auch einen Wettstreit darum, wer denn die meisten Schulden mache. Herr Schäuble habe in diesem Wettstreit behauptet, dass er sehr viel mehr Lasten zu tragen habe aufgrund der Verschuldung als die Länder und Kommunen zusammen. Es empfehle sich, in dem Bereich den Gesamtkontext zu betrachten. Nordrhein-Westfalen habe gemessen an anderen Bundesländern aus der Historie begründet einen kleinen Etat. Sie räume auch ein, dass Schwarz-Gelb eine zu begrüßende Verdoppelung dieses Etatansatzes geschaffen habe. Aber mindestens genauso wichtig erscheine, die Kommunen zu unterstützen. Bezüglich ihres Ministeriums erinnere sie daran, dass im Bereich der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen den Kommunen seinerzeit 80 Millionen € weggenommen worden seien und ihnen dafür die Freigabe der Kindergartenbeiträge gegeben worden sei, um das refinanzieren zu können.

Daniel Schwerd (PIRATEN) spricht den Haushaltstitel „Ausgaben für Veranstaltungen“ an. Laut Erläuterungsband seien für eine Veranstaltung mit Messecharakter – auch mit dezentralen Aktionen – konzentriert auf einen Aktionstag 215.000 € vorgesehen. Im Berichterstattergespräch habe sich ergeben, dass dazu bereits Planungen existierten, die aber noch nicht spruchreif seien. Diesbezüglich wünschten die Piraten möglichst zeitnah über die Details informiert zu werden.

Thomas Nückel (FDP) stellt fest, am Medienetat habe sich summenmäßig gegenüber dem Vorjahr ebenfalls nur wenig verändert. Bezüglich der Umverteilung dürfe aber bezweifelt werden, dass eine Schwerpunktbildung erfolge. Jedenfalls vermisse er eine thematische Bündelung.

Beim Medienforum stelle sich bezüglich der Einsparungen in Höhe von 328.000 € die Frage, ob sich damit der schon in diesem Jahr zu beobachtende Bedeutungsverlust fortsetze. Was die dazu mitgeteilten Besucherzahlen angehe, stelle sich die Frage nach der Gewichtung der Schnittmengen und ob man nicht erheblich unter der im Haushalt angegebenen Zahl von 1.500 liege. Die Vorlage 16/1246 enthalte zwar Angaben zur Finanzierung, aber dieser könnten nicht die Ausgabedetails für den jeweiligen Veranstaltungstyp entnommen werden.

Zu der von Herrn Schwerd angesprochenen Veranstaltung stelle sich die Frage, um welche Art von Großveranstaltung es sich zur digitalen Gesellschaft drehen solle, was diese bedeute und ob es nur um eine neue Imageveranstaltung gehe. Auch ihn interessiere der diesbezügliche Planungsstand und wann der Ausschuss darüber informiert werde.

Die Medienpolitik in NRW zeichne sich mittlerweile dadurch aus, dass dazu im Haushalt nicht wirklich viel stehe, aber für manche politischen Wünsche der Gebührenzahler aufkommen solle. Das Grimme-Institut erhalte etwa 110.000 € an zusätzlicher institutioneller Förderung. Das mache die Planung des Grimme-Instituts sicherer, aber er wolle wissen, worin der genaue Auftrag bestehe. Forschung und Erörterung zum Thema digitale Gesellschaft werde nämlich auch an vielen anderen Stellen geleistet. Das führe zu der Frage, ob es sich um eine überflüssige Doppelung handle, weil der große Wurf nicht gemacht werde. Nach seinem Eindruck verzettelte sich die Landesregierung, indem sie eine weitere Initiative den vielen vorhandenen hinzufüge. 110.000 € seien für ein An-Institut für das Grimme-Institut wohl an der Universität zu Köln vorgesehen. Dazu bitte er anzugeben, ob die Universität oder das Grimme-Institut diese Mittel verwenden solle. Da auch ein An-Institut Geld koste, sei zu überlegen, wie viel Mittel noch für Forschung verblieben. Dazu bitte er mitzuteilen, ob es ein Projekt oder eine Professur werde. Seiner Einschätzung nach gelinge es über diesen Ansatz NRW nicht, Zentrum des Diskurses zu werden.

Bei den Ausgaben für Gutachten und Forschungsaufträge und für Sachausgaben sehe er ein gewisses Einsparpotenzial, zumal es in diesem Bereich vielleicht Verquickungen gebe.

Bei dem Punkt „Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen im Rahmen der Initiative digitales NRW“ werde für ihn erkennbar, dass dies in den letzten zwei

Jahren auf wenig Resonanz gestoßen sei. Vielleicht liege das an der zu kleinteiligen Ausgestaltung, ob der Dauer des Bewilligungsprozesses von neun Monaten. Das erscheine für dieses Metier einfach zu lang. Bei der vorgesehenen maximalen Förderdauer von einem Jahr müsse gefragt werden, ob das etwas bringe. Jedenfalls könne nichts an Bürokratieentlastung gesehen werden. Bei der jetzigen Verlagerung nach Köln-Mülheim sei zu fragen, ob das bedarfsgerecht erscheine oder aus der Not geboren worden sei.

Da es ihm an einigen Stellen an einer richtigen thematischen Bündelung fehle, würden die Freien Demokraten diesen Haushalt ablehnen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) meint zum Medienforum, dass für 1.241 Besucher in diesem Jahr relativ viel Geld ausgegeben worden sei, das gelte selbst dann, wenn die Besucherzahl auf 2.800 schöngerechnet werde.

Der Titel 526 00 „Gutachten und Forschungsaufträge“ weise eine leichte Ansetzerhöhung auf. Zudem gebe es die „Ausgaben für Sachverständige, Werkverträge und ähnliches“ mit 270.000 €. Solche Titelansätze liefen normalerweise schnell und einfach durch. Ihn interessiere aber, worin sich diese Ansätze unterschieden. Die Opposition werde genau nachfragen – eventuell über eine Kleine Anfrage – inwieweit die TU Dortmund in diesem Zusammenhang eine Rolle spiele und in besonderer Weise bedient werde.

Staatssekretär Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) antwortet, bei Titel 541 60 verhalte es sich so, dass Landtag und Landesregierung gemeinsam im Jahr 2012 den „Tag der Medienkompetenz“ durchgeführt hätten, dem seinerzeit 15 kleinere Veranstaltungen vorgeschaltet gewesen seien, wie Besuche bei Medienkompetenzeinrichtungen, wofür Kosten in Höhe von 190.000 € angefallen seien. Aus dem Landtag gebe es den Wunsch, den „Tag der Medienkompetenz“ erneut durchzuführen, wofür man vorsorglich Mittel in etwa dieser Größenordnung eingestellt habe. Ihm liege daran, zielgenau das Geld für die Wahrnehmung dieses „Tages der Medienkompetenz“ einzusetzen.

Zu den Aussagen und Fragen des Abgeordneten Nückel wolle er versuchen, den Eindruck einer fehlenden Schwerpunktbildung zu beseitigen. Das genaue Gegenteil sei der Fall. Bei der Entwicklung des Haushaltes fokussiere sich das Ministerium zunehmend auf die wichtigen Bereiche. Das hänge mit der Steuerung über die Film- und Medienstiftung, deren Aufgabenportfolio in den Medienbereich erweitert worden sei, zusammen. Was von Herrn Nückel eingefordert werde, sei in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb eben nicht gemacht worden. Mit der Gründung der Cluster Medien GmbH habe diese vielmehr einen weiteren Satelliten geschaffen, der große Schwierigkeiten in der Wahrnehmung gehabt habe. Durch die von der neuen Landesregierung vollzogene Integration finde an der Stelle eine stärkere Fokussierung statt. In diesen Kontext gehöre das Medienforum. Er widerspreche der Aussage, es sei nicht gelungen, über das Förderprogramm digitale Medien eine enorme Bürokratieerleichterung zu vollziehen. Entsprechend hätten sich zwei Unternehmen bei Besuchen geäußert, die von diesem Programm profitiert hätten. Diese hätten ausdrück-

lich das sehr viel schlankere und bessere Verfahren gelobt. Auch der Wechsel des Projektträgers habe zu einer Qualitätsverbesserung geführt. Den beteiligten Jurymitgliedern, mit Prof. Steinbrecher als Juryvorsitzender, sei er ausgesprochen dankbar für deren Arbeit. Er höre bezüglich dieses Bereiches positive Aussagen aus der Branche. Hier erscheine es gelungen, europäisches Geld sehr zielgenau mit Landesmittelunterstützung einzusetzen. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitierten von diesem Prozess. Davon könne sich der Abgeordnete Nückel zusammen mit anderen Abgeordneten bei Besuchen von Unternehmen überzeugen. Wenn sich bei Herrn Nückel Unternehmen beschwert hätten, solle er dies mitteilen. Diesen Hinweisen werde gern nachgegangen.

Nach Überzeugung des Ministeriums werde auch im nächsten Jahr ein sehr erfolgreiches Medienforum durchgeführt. Diejenigen, die in diesem Jahr die vier relevanten Medienveranstaltungen in Deutschland Leipzig, Köln, Berlin und München hätten besuchen können, dürften einen großen Umbruch festgestellt haben. Die Branche nehme genau wahr, dass mit dem in diesem Jahr durchgeführten Medienforum der Strukturwandel, den die Branche einfordere, eingeleitet worden sei. Auf diesem Weg werde man weitergehen. Die dafür im Wege der Geschäftsbesorgung zur Verfügung gestellten Mittel würden sicherlich für ein sehr gelungenes Medienforum im nächsten Jahr ausreichen.

Mit der erstmaligen institutionellen Förderung des Grimme-Instituts werde deutlich das große Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen an einer Stabilisierung dieses unverzichtbaren Juwels dokumentiert. Mit der im Gesellschafterkreis unstrittigen Gründung eines An-Instituts wolle man den Fokus der digitalen Gesellschaft mit der engen Verknüpfung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft organisieren. Im Jahre 2014 werde aller Voraussicht nach die Einleitung dieses Prozesses beginnen. Er sei sich nach Informationen aus dem Aufsichtsrat des Grimme-Instituts sicher, dass der richtige Weg beschritten werde.

Die Film- und Medienstiftung mit der Öffnung auch im Bereich Games, Neue Medien, kleine Start-ups, innovative Förderprojekte und die Expertise des Grimme-Instituts mit der Gründung des An-Institutes stellten eine klare Schwerpunktbildung dar.

Was die Ausgaben für Gutachten und Forschungsaufträge bzw. für weitere Sachverhalte anbelange, drehe es sich um Titel, die sozusagen seit Jahren und Jahrzehnten – auch unter Schwarz-Gelb – über verschiedene Regierungskonstellationen hinweg auftauchten. Natürlich würden auch Hinweise und Expertise von außen benötigt. Dazu dienten solche erforderlichen Titelansätze. Der von Prof. Dr. Sternberg genannte Titel erhöhe sich um gerade einmal 4.000 €.

Der Ausschuss nimmt mit 9 Stimmen von SPD und 3 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen gegen 5 Stimmen von der CDU und 2 Stimmen der FDP bei zwei Enthaltungen der Piraten Kapitel 02 200 – Medien – an.

Die Kapitel 07 050 – Kulturförderung – und 07 100 – Archivwesen – im Einzelplan 07 werden mit 9 Stimmen der SPD

und 3 Stimmen der Grünen gegen 5 Stimmen der CDU und 2 Stimmen der FDP bei 2 Enthaltungen der Piraten angenommen.

